

Pressedienst Nr. 16462  
Dienstag, 07. Februar 2023

Pernkopf und Nemecek stellen unbequeme Fragen zu geplantem Borealis-Deal . . . . .	1
Titschenbacher pariert Kritik in offenem Brief: Das ist künstliche Aufregung . . . . .	2
Nordzucker: Trockenheit schmälerte Rübenerträge 2022 . . . . .	3
EU-Schlachtrindermarkt: Kleines Angebot trifft auf verhaltene Nachfrage . . . . .	3
Kartoffelmarkt: Kein Angebotsdruck in Sicht . . . . .	4

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT  
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische  
Versicherung

## Pernkopf und Nemecek stellen unbequeme Fragen zu geplante Borealis-Deal

"Wo bleibt die Anmeldung bei der EU-Wettbewerbsbehörde?"

St. Pölten, 7. Februar 2023 (aiz.info). - Seit genau einem Jahr preist die OMV-Tochter Borealis ihre Düngemittelsparte zum Verkauf an. Seither wird auch der Niederösterreichische Bauernbund nicht müde, gegen den geplanten Deal aufzutreten. Die bäuerliche Interessenvertretung stellt unbequeme Fragen zu der geplanten Übernahme durch den tschechischen Agrarkonzern Agrofert und nimmt auch die Eigentümervertreter in der ÖBAG von seiner Kritik nicht aus. Anfangs sollte laut NÖ Bauernbund die Borealis-Düngemittelsparte an Eurochem, das sich im Besitz des russischen Oligarchen Andrei Melnitschenko befindet, veräußert werden. Die Zusage für das Anfang Februar hinterlegte Angebot in der Höhe von 455 Mio. Euro sei durch die Russlandsanktionen im Zuge des Ukrainekrieges in letzter Sekunde verhindert worden. Kurze Zeit später habe der tschechische Agrofert-Konzern, im Besitz des tschechischen Multimilliardärs Andrej Babis, im Juni 2022 ein Angebot über 810 Mio. Euro vorgelegt.

"Warum wird die Düngemittelsparte seitens der Borealis verschleudert, lag doch alleine 2022 der Halbjahresgewinn bei 256 Mio. Euro? Eurochem hätte den Kaufpreis innerhalb eines Jahres wieder verdient. Da stellen sich drei Fragen: Warum verkauft man ohne Not systemrelevante Infrastruktur für unsere Lebensmittel? Wie kam dieser Schleuderpreis zustande und warum hat er sich innerhalb weniger Monate fast verdoppelt? Warum hat Agrofert diesen Deal noch nicht bei der EU-Wettbewerbsbehörde angemeldet, obwohl sie ihn nach eigenen Angaben bereits im November 2022 abschließen wollten? Weiters stellt sich bei diesem Verkauf die Frage nach der Verantwortung und dem Nicht-Handeln seitens der Eigentümervertreter in der ÖBAG rund um Vorständin Edith Hlawati", stellen NÖ Bauernbundobmann LH-Stv. **Stephan Pernkopf** und NÖ Bauernbunddirektor **Paul Nemecek** fest.

Pernkopf zeigt auch die Folgen eines Verkaufs für die Republik auf: "Man stelle sich vor, man hätte heute vor einem Jahr an Eurochem verkauft, der finanzielle Schaden durch den niedrigen Verkaufspreis, die entgangenen hohen Gewinne und die Abhängigkeit unserer Lebensmittelversorgung von russischen Oligarchen wäre enorm. Klar ist, dass die Düngemittel essenzielle Nährstoffe einer ertragreichen Landwirtschaft sind, die die Bevölkerung mit dem Wichtigsten, unserem Essen, versorgen sollen."

Deal ist Gefahr für Bauernschaft und Versorgungssicherheit

"Dieser Deal ist eine Gefahr für die Bauernschaft und eine Gefahr für die Versorgungssicherheit in unserem Land. Wir werden weiterhin keine Ruhe geben und den Scheinwerfer gezielt auf diesen Deal richten. Es darf nicht vergessen werden, dass hier versucht wird, systemrelevante Infrastruktur aus teilstaatlicher Hand an ausländische Oligarchen auszuverkaufen", so Nemecek.

Auch Frankreich wehrt sich gegen Deal

International arbeiten Pernkopf und Nemecek gemeinsam mit dem EU-Abgeordneten Alexander Bernhuber zusammen, um internationale Allianzen gegen den Deal zu schmieden. In Frankreich ist Borealis mit drei Produktionsstätten der größte Düngemittelhersteller im Land. Mittels eines

gemeinsamen Briefs an Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen brachte Bernhuber mit der französischen Abgeordneten Anne Sander die Sorgen der beiden Länder zum Ausdruck.

Aufgrund eines strengen Investitionsschutzgesetzes muss Frankreich dem Deal gesondert zustimmen. Diesen Antrag an das französische Wirtschaftsministerium habe Agrofert im November zurückgezogen. Auf Anfrage erklärte Agrofert damals gegenüber der APA, dass das Ministerium mehr Informationen benötige und der Konzern den Antrag neu eingebracht hat.

"Frankreich zeigt, dass strenge Gesetze im Sinne des Schutzes der Versorgungssicherheit solche Deals deutlich erschweren. Daher fordern wir auch beispielsweise in unserem aktuellen Arbeitsprogramm eine Einführung der französischen Regeln, damit wir auch in Österreich in Zukunft die Zügel in der Hand halten", fordern Pernkopf und Nemecek ein eigenes Investitionsschutzgesetz für Österreich.

Rechtliche Schritte gegen den Verkauf

Der NÖ Bauernbund trage den Widerstand gegen den Verkauf der Borealis Düngemittelsparte auf vielen Ebenen aus. Rechtliche Vertretung hätten Niederösterreichs Bäuerinnen und Bauern unter anderem durch die Kartellrechtsexperten der deutschen Kanzlei Hausfeld Rechtsanwälte LLP. Die renommierte Kanzlei sei auch schon bei Beschwerden gegen den US-Giganten Google erfolgreich gewesen, woraufhin ein Bußgeld in der Rekordhöhe von 2,4 Mrd. Euro verhängt wurde.

Weiters wurde ein Rechtsgutachten vom Verfassungsjuristen Heinz Mayer eingeholt, der klar bestätigt habe, dass der Verkauf gegen geltendes Verfassungsrecht in Österreich verstoßen würde, und eine Verantwortung der ÖBAG klar hervorstrich. (Schluss)

## Titschenbacher pariert Kritik in offenem Brief: Das ist künstliche Aufregung

Jeder kann sich seine eigene Meinung bilden

Graz, 7. Februar 2023 (aiz.info). - Einen offenen Brief von Grüne Bäuerinnen und Bauern Steiermark zu einem Beitrag im TV-Servicemagazin "konkret" vergangene Woche, in dem die Bedeutung der Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln unterstrichen wurde, kommentiert Landwirtschaftskammer Steiermark-Präsident **Franz Titschenbacher** als "Sturm im Wasserglas". Bei dem Brief handle es sich um einen "vollkommen aus dem Zusammenhang gerissenen Debattenbeitrag und eine an den Haaren herbeigezogene künstliche Aufregung". "Jeder möge sich den konkret-Beitrag in der TV-Thek anschauen und sich selbst eine Meinung bilden", so Titschenbacher.

Der LK Steiermark-Präsident argumentiert, dass Österreich und damit auch die Steiermark Vorreiter im Biolandbau sind: "Mit mehr als 26% Biofläche in Österreich, das sind 85.000 ha in der Steiermark beziehungsweise rund 700.000 ha in Österreich, sind wir heute schon Europameister. Diese Position wollen wir in den nächsten Jahren bis 2027 auf 30% erhöhen", erklärt Titschenbacher. Und weiter: "Darüber hinaus rufe ich in Erinnerung, dass die steirische Landwirtschaftskammer seit den 1960er Jahren den Biolandbau konsequent fördert und mit unserem Biokompetenzzentrum die sehr positive Entwicklung im steirischen Biolandbau maßgeblich beflügelt." (Schluss)

## Nordzucker: Trockenheit schmälerte Rübenenerträge 2022

Hohe Energiepreise bringen Markt zusätzlich unter Druck

Braunschweig, 7. Februar 2023 (aiz.info). - Europas zweitgrößter Zuckerkonzern Nordzucker hat die Rübenenernte und -verarbeitung wegen schwieriger Wetterbedingungen in mehreren Regionen mit Einbußen abgeschlossen. Auch die angespannte Energieversorgung habe 2022 besondere Herausforderungen gebracht, erklärte **Alexander Godow**, COO bei Nordzucker, am Montag am Hauptsitz in Braunschweig. Konkrete Schätzungen zum weiteren Trend bei den Zuckerpreisen gab das Unternehmen nicht ab.

Vorstandschef **Lars Gorissen** betonte laut Dow Jones News aber: "Wir setzen alles daran, in diesen durch hohe Inflation geprägten Zeiten den gemeinsamen Weg mit unseren Anbauern und unseren Kunden nachhaltig weiterzugehen." Die Zuckerrüben-Erträge hätten zuletzt oft unter dem Schnitt der vorangegangenen fünf Jahre gelegen - eine Ursache dafür seien vor allem örtlich extreme Trockenheit und Hitze gewesen. In manchen Ländern hingegen spielten auch starker Regen und Dauerfrost eine Rolle.

Die Zuckerkampagne endet meist rund um den Jahreswechsel. Im großen niedersächsischen Werk Uelzen sei die letzte Rübe erst am vorigen Wochenende verarbeitet worden. Diese Verzögerung liege auch an den Minustemperaturen im Dezember und den anschließend wieder aufgetauten Feldfrüchten. Eine kleine Menge von nicht mehr für Lebensmittel nutzbaren Zuckerrüben wurde daher unter anderem in Biogasanlagen eingesetzt.

Die Branche hatte bereits im September eine eher mauen Ernte vorhergesagt. Zwar gab es im Nordzucker-Stammland Niedersachsen nach einem erneut recht trockenen Sommer zum Herbstbeginn Regen. Der Dachverband Norddeutscher Zuckerrüben-Anbauer hatte jedoch die Erwartungen gedämpft. In der wichtigen Wachstumsphase im Juli und August sei es viel zu trocken gewesen. (Schluss)

## EU-Schlachtrindermarkt: Kleines Angebot trifft auf verhaltene Nachfrage

Notierungen geraten unter Druck

Wien, 7. Februar 2023 (aiz.info). - Die Situation am europäischen Schlachtrindermarkt ist weitgehend unverändert zur Vorwoche. Es wird von einem durchwegs kleinen Schlachtrinderangebot berichtet, welches auf eine ebenfalls verhaltene Nachfrage trifft. Durch das zähe Fleischgeschäft ist in Deutschland der Jungstierpreis weiterhin etwas unter Druck, wenngleich das kleine Angebot stabilisierend wirkt. Bei Schlachtkühen ist eine leichte Marktbelebung gegeben, das Angebot wird mehrheitlich zu unveränderten Preisen abgesetzt, teilt die Rinderbörse mit.

In Österreich ist zu Beginn der Semesterferien die Nachfrage im Jungstier-Fleischsegment seitens des Lebensmitteleinzelhandels etwas gedämpft. Gleichzeitig sind auch die Angebotsmengen rückläufig. Aufgrund der angespannten Marktgegebenheiten bei Jungstieren konnte zu Redaktionsschluss noch nicht mit allen Marktteilnehmern eine Preiseinigung erzielt werden. Bei Schlachtkalbinnen ist die Preisnotierung für die laufende Woche nochmals leicht rückläufig, in

weiterer Folge sollte hier aber eine Stabilisierung eintreten. Der Schlachtkuhmarkt ist im Inland durch rückläufige Vermarktungsanmeldungen gekennzeichnet. Die Exportsituation im Kuhfleisch-Segment gestaltet sich nach wie vor differenziert und die Notierung in der laufenden Woche unverändert. Die Schlachtkälberpreise geben aufgrund der rückläufigen Nachfrage nach.

Die Österreichische Rinderbörse rechnet diese Woche bei der Vermarktung von Schlachtkühen mit einem stabilen Preis von 3,20 Euro/kg Schlachtgewicht und von Schlachtkälbern mit einer Reduktion auf 6,55 Euro/kg. Für Kalbinnen werden 4,08 Euro/kg erwartet, während für Jungtiere keine Notierung festgelegt wurde. Die angegebenen Basispreise sind Bauernauszahlungspreise ohne Berücksichtigung von Qualitäts- und Mengenzuschlägen. (Schluss)

## **Kartoffelmarkt: Kein Angebotsdruck in Sicht**

### **Kaum Bewegung bei Erzeugerpreisen**

Wien, 7. Februar 2023 (aiz.info). - Der österreichische Speisekartoffelmarkt startet gut ausgeglichen in den Februar. Dabei wird der Markt weiterhin bedarfsgerecht von den Landwirten versorgt. Dem gut ausreichenden Angebot steht eine saisonüblich ruhige aber stetige Inlandsnachfrage gegenüber. Auch Exporte sind weiterhin kaum ein Thema. Aufkommender Angebotsdruck zu Saisonende wird aber dennoch nicht erwartet, da neben dem stetigen Inlandsgeschäft die anhaltend hohen qualitätsbedingten Aussortierungen für entsprechend zügige Räumung der Lager sorgen dürften, teilt die Interessengemeinschaft Erdäpfelbau mit.

Bei den Erzeugerpreisen gab es zuletzt kaum Bewegung. Vereinzelt wurden aber auch in NÖ Lageraufschläge umgesetzt. In Niederösterreich wurde zu Wochenbeginn für Speisekartoffeln meist 30 bis 32 Euro/100kg bezahlt. Für Partien mit überdurchschnittlich hohen Absortierungen liegen die Preise weiter darunter. Aus Oberösterreich wurden zuletzt Preise von bis zu 32 Euro/100kg gemeldet.

Am deutschen Speisekartoffelmarkt hat sich die Marktlage im Vergleich zur Vorwoche kaum verändert. Der Absatz von Speisekartoffeln wird weiterhin von einer ruhigen Inlandsnachfrage bestimmt. Auch die Exporte Richtung Ost- und Südosteuropa haben sich bisher nicht wirklich beleben können. Hier steht immer noch das relativ hohe Preisniveau im Wege. Demgegenüber steht ein bundesweit gut ausreichendes Angebot von Seiten der Erzeuger. Damit fehlen auch die Impulse für eine steigende Preisentwicklung. Lageraufschläge für Kühlhausware, die angesichts der gestiegenen Kosten von der Erzeugerseite eingefordert werden, konnten bislang nicht umgesetzt werden. Die Erzeugerpreise wurden meist auf dem Vorwochenniveau fortgeschrieben. Die Preise für Speiseware lagen zuletzt im Bundesdurchschnitt je nach Sorte bei 28 bis 30 Euro/100 kg. (Schluss)